



# Elternkammer Hamburg

## Kurzinformatio 2002 Nr. 3+4

Mitteilungen der Elternkammer Hamburg über die Arbeit von Plenum – Ausschüssen - Vorstand

Für die Elternräte der öffentlichen Schulen in Hamburg • für die Mitglieder der Kreiselternräte

*Verteiler:  
1 x Schulleitung  
3 x Elternrat  
1 x Vertretung im  
Kreiselternrat*

### Staatsrat Behrens stellt sich vor

Herr Dr. Reinhard Behrens, bisher Schulleiter des Gymnasiums Billstedt, ist seit dem 12. Februar 2002 neuer Staatsrat der Behörde für Bildung und Sport und damit die „Rechte Hand“ von Schulsenator Lange. "Ich bin froh, nach 25 Jahren aktiver Beobachtung mitgestaltend helfen zu können, durch das Schulsystem einen Ruck zu schicken", sagte der neue Staatsrat bei seinem Amtsantritt. Einleitend zum Gespräch mit der Elternkammer nennt Dr. Behrens einige ihm wichtige Themen für die nächste Zeit. Dazu würden gehören

- vor allem die Rahmenplanarbeit mit Standardsetzung und Leistungsbewertung,
- die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern,
- die Schaffung eines Rahmens zur Aufteilung der Aufgaben zwischen der einzelnen Schule und der BBS,
- neue Arbeitszeitberechnungen für Lehrerinnen und Lehrer und
- ein anderes Beurteilungs- und Fortbildungswesen

Durch PISA und LAU habe man viel darüber erfahren, dass die Sprachentwicklung von zentraler Bedeutung und offenbar Vorbedingung für den Lernerfolg auch in anderen Fächern sei. PISA habe z.B. aber auch gezeigt, dass es in Deutschland eine weniger ausgeprägte Kultur der Anstrengung gebe.

Die Elternkammer hatte Herrn Dr. Behrens Fragen zu mehreren Themenschwerpunkten vorgelegt. Hierzu führte Dr. Behrens weiter aus:

#### Ausstattungen Schulbereich

- Der Schulhaushalt hätte eine Unterdeckung von DM 30 Millionen.
- Bei anwachsenden Schülerzahlen (Maximum wird 2005 erreicht) gäbe es aktuell ein Defizit von 590 Lehrerstellen, das abgefordert werden würde.
- im Vergleich zu anderen Bundesländern seien

- die Kosten pro Schüler in Hamburg besonders hoch,
- die Klassenfrequenzen lägen im Durchschnitt.
- Große Unterschiede gäbe es aber bei Differenzierungsstunden<sup>1</sup> und Sondermaßnahmen.

#### Prüfung schulischer Leistung

Geplant seien 1/3 zentral vorgegebener Anteile bei Abschlussarbeiten und mündlichen Überprüfungen,

- ab Schuljahr 2003/2004 für die 9. Klasse der Hauptschule,
- ab Schuljahr 2004/2005 bei Realschulen,
- ab Frühjahr 2005 bei Abiprüfungen. Zentrale Vorgaben würden gemacht für die Prüfung allgemeiner Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache.

Der Vorteil zentraler Prüfungen sei „ein Messen von Lehrern und Schülern an Vergleichbarkeiten, ein denkbares Risiko, dass eher reproduktives Wissen abgefragt werden kann, ist vermeidbar.“ Deshalb würde es die Kombination von zentralen Vorgaben und schulspezifisch gestellten Aufgaben geben.

#### Finanzierung der Unterrichtsmittel

Es gäbe Überlegungen von „sozial abgefederten“ Einschränkungen. Da die Entwicklung auch in anderen Bundesländern hin zu mehr Eigenbeteiligung gehe. und die Ausgaben für Bücher an den Hamburger Schulen in den letzten Jahren massiv zurückgegangen seien, wäre die Diskussion dieses Themas noch nicht beendet.

#### Erfassung der Deutschkenntnisse 5-jähriger

Die BBS stehe hier in einem Diskussionsprozess. Es würde ein Gutachten von Prof. Reich erstellt, in dem ein Orientierungsverfahren über Sprachstände sowohl in der deutschen als auch in der Muttersprache ausgewertet werden soll. Eine Nachqualifizierung von ErzieherInnen und SozialpädagogInnen wäre erforderlich, z.B. um deren diagnostische Kompetenzen zu verbessern. Die

Feststellung des Sprachstandes und die Beratung von Eltern ist Neuland. Hier gäbe es großes Interesse an der Zusammenarbeit mit der Elternkammer. Es sei eine große Chance, dass die BBS nun auch für die KITAS zuständig sei.

#### Ganztagschulen

Wie in den Koalitionsvereinbarungen beschlossen, sollen 3 Ganztagschulen pro Jahr eingerichtet, die Stadtteile ausgewogen berücksichtigt werden. Es wird mehr Verbindlichkeit in den Konzepten geben, z.B. verbindliche Angebote an mindestens 2 Nachmittagen und offene Angebote an 3 Nachmittagen.

#### Perspektiven für Schulformwechsel und geplante Schulzeitverkürzung

Es würde nicht mehr Schulformwechsler durch die Schulzeitverkürzung an Gymnasien geben.

Um die Zahl der Fehlleitungen zu verringern, soll nach Beratung der Eltern die Zeugniskonferenz Ende Klasse 5 über den Verbleib am Gymnasium entscheiden. Dafür ist eine Änderung des HmbSG erforderlich. Ob das nur für die SchülerInnen ohne gymnasiale Empfehlung zur Anwendung komme oder für alle gelten soll, sei noch nicht geklärt.

Inhalt	Seite
<b>Schwerpunktt Themen:</b>	<b>1</b>
<b>Staatsrat Dr. Behrens in der Elternkammer</b>	
<b>Abitur in 12 Jahren - Erfahrungen vom Saarland -</b>	<b>2</b>
berichtet von Hella Salzmann	
<b>Aktuelle Informationen</b>	<b>3</b>
<b>Berichte der Ausschüsse</b>	<b>3</b>
<b>Beschlüsse und Stellungnahmen</b>	<b>3</b>
<b>Feuer und Flamme für die Bildung - Aufruf an Eltern ...</b>	<b>6</b>
<b>zur Protestaktion</b>	<b>7</b>
<b>Pressemitteilung In eigener Sache</b>	<b>8</b>
<b>Impressum</b>	<b>8</b>
<b>Erläuterungen...</b>	<b>8</b>

### Entwicklung der Gesamtschulen

Für die Gesamtschulen gelte dasselbe wie für die Standorte anderer Schulen. Zur Ausstattung der Gesamtschulen sei die innerbehördliche Diskussion noch nicht abgeschlossen.

### Abitur nach 12 Jahren

Zur Vorbereitung für den Weg zum Abitur in 12 Jahren ist für das kommende Schuljahr eine Anhebung um 2 Stunden (Mathematik, Deutsch) in den fünften Klassen geplant. Diese sollen auch in Haupt und Realschulen eingeführt werden. Mit der Einführung der verdichteten Schulzeit werden im Jahr 2010 dann 2 Jahrgänge Abiturprüfungen machen. In den Bildungs- Rahmenplänen für die 8jährigen gymnasialen Bildungsgänge werden alle 2 Jahre in den Klassen 6, 8 und 10 drei Stufen für den Leistungsvergleich festgelegt. Herr Dr. Behrens geht davon aus, dass allen Eltern diese politische Entscheidung bekannt ist.

### Gebietsgrenzen für Grundschulzugang:

Nur ca. 12 – 14% der Eltern hätten lt. Herrn Dr. Behrens in diesem Schuljahr eine Schule außerhalb der bis jetzt gültigen Schulgebietsgrenzen gewählt, es gäbe auch die Einschränkung der Finanzierbarkeit der Folgen solcher Wünsche. Eine Untergrenze der Klassenfrequenz auf 24 SchülerInnen zu diesem Termin festzulegen, wie z.B. in Bergedorf geschehen, sei eine sehr „mechanische Art“, das Problem vor Ort zu lösen. Eine Erhöhung von Klassenfrequenzen könne nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

### Mitwirkung der Elternkammer

Wenn in der BBS über eine Richtlinie oder Verordnung diskutiert wird, sollte es möglich sein, genauer abzusprechen, was als Vorlage in die Kammern kommt. Alles, was in die Kammern kommt, wäre veränderbar. Zur geplanten Schließung der FOS wäre nach Meinung von Herrn Dr. Behrens eine andere Kommunikation besser gewesen. Auf der Sachebene blieben aber weiterhin viele Wege zur Fachhochschulreife offen.

### Lehrerversorgung

Es würde eine kontinuierliche Einstellung von LehrerInnen geben auf der Grundlage der vorhandenen Haushaltsmittel. Alle angekündigten

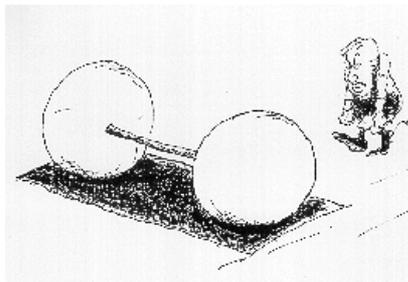
neuen Vorhaben seien überlegt und würden finanziert. In der Behörde gäbe es einen Meinungsbildungsprozess zur Umsetzung der Vorhaben.

### Bildungspläne

Bei den geforderten Standards in den Rahmenplänen würde nach wie vor das Erreichen von Kompetenzen<sup>2</sup> zu Grunde gelegt.

### Globale Betrachtungen

Für die Zukunft würden eher mehr als weniger Abiturienten benötigt. Die Zukunft von Schule und Bildung wird allerdings globalisiert und wettbewerbsbezogen sein. Bei der Durchsetzung von Beschlüssen für einen höheren Mittelbedarf sei es problematisch, dass nur noch 16 bis 18% der WählerInnen Eltern sind.



## Abi in 12 Jahren: Erfahrungen mit der Einführung im Saarland

Frau Hella Salzmann, Vorsitzende der Landeselternvertretung Saarland, berichtete über das Gelingen der Einführung im Saarland. Das Projekt wurde über einen Zeitraum von zwei Jahren vorbereitet. Bei der Vorbereitung haben alle am Schulwesen Beteiligten intensiv mitgewirkt:

- Eine ministerielle Arbeitsgruppe von Fachleuten (Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Fachlehrkräfte, Mitglieder Lehrplankommission)
- Eine Projektgruppe aus den am Schulwesen Beteiligten (Schüler, Eltern, Lehrer, Schulträger<sup>3</sup>, Wirtschaft und Hochschulen)
- Externe Sachverständige aus anderen Bundesländern als Berater
- Vom Ministerium wurden Reglungsentwürfe vorgelegt
- Die Landeselternvertretung der Gymnasien erarbeitete ein Positionspapier
- Es fanden Anhörungen statt und weitere Stellungnahmen wurden abgegeben.

Nach anfänglichen Bedenken sprach sich die Elternschaft und die Landeselternvertretung dann für die Schulzeitverkürzung aus, wenn ihre aufgestellten Forderungen erfüllt werden. Es wurden u.a. folgende Forderungen gestellt:

### Grundsätzliche Forderungen

- Berücksichtigung pädagogischer und entwicklungspsychologischer Gesichtspunkte
- Entwicklungsgerechte Zeitpunkte des Erwerbs von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz
- Grundschule in Strukturveränderung einbeziehen
- Transparenz der Leistungsanforderungen des Gymnasiums an das Kind
- Qualitätsentwicklung und -sicherung intensivieren

### Unverzichtbare Forderungen:

- Jahreswochenstundenzahl von 265
- Erwerb umfassender Kompetenz in mehreren Sprachen
- breite naturwissenschaftliche Grundlagen, Sicherung von Grundwissen
- Betonung der musisch-kulturellen Bildung
- Freiraum für persönliche Entfaltungsmöglichkeiten
- Erhalt der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen
- Vermeidung von Überforderung beim Wechsel zwischen den Schulformen

### Organisatorische Maßnahmen:

- Sicherstellung einer ausreichenden, qualitativ hochwertigen Unterrichtsversorgung
- Kleine Klassen, die ein Eingehen auf die individuelle Schülersituation zulassen
- Didaktische Veränderung des Unterrichts
- Lerntechniken und Medienkompetenz einbeziehen
- Sicherstellung verstärkter Kooperation von Fachkollegen
- Förderung von kontinuierlichen Verfahren zur internen und externen Evaluation<sup>4</sup>

### Verbesserte Rahmenbedingungen und Personalentwicklung:

- Anreizsysteme für Schulen, Lehrerkollegien und Lehrer/innen
- Regelungen treffen, um so genannte Problemfälle im Lehrerkollegium aus Schuldienst herauszunehmen
- Verpflichtende Fort- und Weiterbildung und Einführung obligatorischer<sup>5</sup> Supervision<sup>6</sup>
- Zügige Umsetzung des neuen Gesamtkonzepts zur Lehrerausbildung mit Stärkung des erziehungs- und fachdidaktischen<sup>7</sup> Anteils sowie Studien begleitender Fachpraktika in Schulen.

**Allgemeine Ziele:**

- Neben Zielen der Lehrabschnitte auch die soziale Dimension des Bildungsprozesses, wie Verzicht auf Gewalt, Offenheit gegenüber anderen Denk- und Lebensweisen, Achtung vor dem/der Schüler/in und den Lehrkräften zum Inhalt machen.
- Berücksichtigung von sozialpädagogischen<sup>8</sup> und arbeitsphysiologischen<sup>9</sup> Erkenntnissen bei Verlängerung der täglichen Schulzeit; Einrichtung eines Aufenthaltsraumes z.B. Bistro seitens der Schulträger.

Die Lehrpläne wurden daraufhin durchgeforstet und die dem Bildungsziel nicht dienlichen Inhalte herausgenommen.

Begonnen wurde im August 2001. Die 5. und 6. Klassen bekommen 30 Wochenstunden, die 7. und 8. Klassen 32 und die 9. bis 12. Klassen 34 Wochenstunden. Es gibt keine Teilungs- und Differenzierungsstunden; die zweite Fremdsprache wird in Klasse 6 mit vier Wochenstunden beginnen. Die Mittagsversorgung sollen die Schulträger regeln, sie bekommen dafür eine einmalige Zahlung von 30 000 Euro je Schule.

Die Klassenstärken liegen heute im Durchschnitt bei 26 SchülerInnen, in anderen Schulformen zwischen 25 und 35 SchülerInnen

**Aktuelle Informationen...**

- Frau Köhne (BBS) informiert auf Nachfrage aus dem Gymnasialausschuss, dass der Schulversuch „Springergruppen“<sup>10</sup> von Herrn Professor Holling wissenschaftlich begleitet wird.
- Herr Rother (BBS) hat seine Bereitschaft erklärt, einen Zwischenstandsbericht zum Thema „warmer Mittagstisch an Schulen“ zu geben.
- Die Behördenvertretung wird an die noch ausstehende Antwort der BBS zur Stellungnahme der Elternkammer zu einer Aktualisierung im Schulrecht „technische Hilfeleistung für Gremien“ erinnert.
- Der von der Elternkammer in Abstimmung mit einer parallel geplanten Aktion der SchülerInnenkammer entwickelte „Fragebogen an die Elternräte zur Erfassung der Erfahrungen mit den Mitwirkungsrechten von Eltern nach dem HmbSG“ ist zur Abstimmung mit der Behördenleitung termingerecht Herrn Dr. Schmitz übergeben worden.
- Der „runde Tisch gegen Jugendgewalt“ der Innenbehörde hat am 1.3. getagt.

- Thema „Casting“<sup>11</sup> von Schülerinnen und Schülern: Frau Köhne wird gebeten nachzufragen, welche Regelungen es in diesem Zusammenhang u.a. zur Befreiung vom Unterricht gibt.
- Arbeitstreffen zum Thema Ganztagschule mit VertreterInnen von Eltern-, Lehrer- und Schülerkammer und dem Landesschulbeirat sind geplant. Im Juni soll es einen Infoabend der Kammern geben.

**Berichte aus den Ausschüssen****Gymnasialausschuss**

Am 24. April fand die 4. Sitzung des Gymnasialausschusses im Jahre 2002 statt. Zum Thema „Schulversuch Springergruppen“<sup>9</sup> war Frau Elisabeth Graf von der BBS als Referentin eingeladen. Frau Graf berichtete über die Modelle und Erfahrungen mit den Springergruppen an den beteiligten Hamburger Gymnasien.

Die Mitglieder des Ausschusses werden in der 20 Kalenderwoche Informationsveranstaltungen für alle Elternratsvorsitzende der Hamburger Gymnasien zum Thema „Schulzeitverkürzung - Abitur in 12 Jahren“ organisieren. In diesem Zusammenhang werden neben Informationen über die Einführung der Schulzeitverkürzung im Saarland auch die von Frau Graf erhaltenen Aussagen weitergegeben.

Der Ausschuss hat auf dieser Sitzung weiterhin die Neuordnung der Stundentafel für die Beobachtungsstufe des Gymnasiums behandelt. Der Gymnasialausschuss lehnt die Neuordnung in ihrer Gesamtheit ab.

Im Rahmen der für den 10. Juni geplanten gemeinsamen Protestaktion durch das Bündnis für Bildung (s. Beiträge auf Seiten 6/7), wird der Ausschuss seine Forderungen an die Schulbehörde aus Sicht der gymnasialen Schulform darstellen.

**Ausschuss Grund-, Haupt- und Realschulen**

Der GHR-Ausschuss war mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen zur Schulorganisation befasst (S.5).

**Ausschuss Bildungspläne**

Im Ausschuss wurde eine Stellungnahme zum Rahmenplan Religion erarbeitet und der Kammer zur Abstimmung und Abgabe einer Stellungnahme vorgelegt. Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu den

Bildungsplänen der naturwissenschaftlichen Fächer der Sekundarstufe I wurde zurückgestellt, da gegenüber den bisher vorgelegten, vorläufigen Redakteursentwürfen umfangreiche Änderungen zu erwarten sein sollen

**Rechtsausschuss**

Der Rechtsausschuss führt Gespräche mit der Rechtsabteilung der BBS zur geplanten Novellierung des HmbSG<sup>12</sup>, die Handreichung zur Schulkonferenz wird zur Vorlage für die Kammer bearbeitet.

**Ausschuss Gesundheit, Sport und Umwelt**

Der GSU-Ausschuss hat gemeinsam mit dem KER 32 getagt, Themen waren Verkehrserziehung und Gewaltprävention. In der nächsten Sitzung wird Herr Rother den Sachstand zum „Mittagstisch an Schulen“ erläutern

**Beschlüsse und Stellungnahmen****Abitur in 12 Jahren**

Stellungnahme vom 7.5.02

Bei der Absicht der BBS, ab August 2002 an allen Hamburger Gymnasien das Abitur nach 12 Jahren einzuführen, fehlen z.B. folgende Voraussetzungen:

1. Die Gymnasien werden in weitestgehendem Sinne zu verpflichtenden Ganztagschulen. Damit sind an den Schulen die Stundentafel, Mittagstisch, Pausen- / Aufenthaltsräume anzupassen. Die Elternkammer kann eine eventuell geplante Nichtversorgung (Heimgang der Schüler) nicht akzeptieren.
2. Die Gymnasien sind entsprechend der zusätzlich zu gebenden Stunden mit Lehrerstellen zu versorgen. Dabei sollte dieses nicht durch die Erhöhung der Klassenfrequenzen ausgeglichen werden, da bereits Teilungsstunden für den Sportunterricht entfallen. Die Qualität des Unterrichts darf nicht eingeschränkt werden!
3. Weiterhin sind alle Gesetze, die von der geplanten Änderung betroffen sind, zu überarbeiten.

Wir fordern die BBS auf, alle diesbezüglich geplanten Maßnahmen rechtzeitig mit der Elternkammer und den anderen Gremien abzustimmen.

## Damit die Bildung nicht den Bach `runter geht:



### Beteiligung an Protestaktion

Antrag an das Plenum zum 7.5.2002

Die Elternkammer beteiligt sich an der Protestaktion am 10 Juni 2002. Diese wird unter dem Motto „Feuer und Flamme für Bildung“ auf dem Rathausmarkt durchgeführt. Aufrufen dazu werden die drei schulischen Kammern, die GEW und der DLH.

#### Begründung:

In den vergangenen Monaten standen die Entwicklungen in der Bildungspolitik im Mittelpunkt unserer Diskussionen, sowohl an den Schulen, als auch in den Kreisen und in der Kammer. Daran wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Die Medien sind voll von Hiobsbotschaften über fehlende Lehrerstellen, dadurch zu erwartende Klassenfrequenzerhöhungen und Streichung von Teilungs- und Differenzierungsstunden, Einschränkungen bei Lehr- und Lernmitteln. Diese Liste ist nicht vollständig. Weitere Einsparungen von mehr als 15 Millionen Euro sind geplant. Dies kann nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Das Bündnis für Bildung, bestehend aus den drei schulischen Kammern und den beiden Lehrgewerkschaften, hat sich 1998 gegründet und am 28. Mai 1998 die große Demonstration mit 80.000 Teilnehmern auf der Moorweide organisiert. Die aktuellen schulischen Rahmenbedingungen haben zu erneuten Diskussionen bei den Bündnispartnern geführt, mit dem Ergebnis, am 10.6.2002 erneut zu einer Protestaktion für Bildung und gegen die anstehenden Verschlechterungen aufzurufen.

Der Öffentlichkeitsausschuss, der Vorstand und die Ausschussvorsitzenden haben sich eingehend damit befasst und befürworten eine Beteiligung.



*Die Sache hängt am seidenen Faden!*

### Stellungnahme zum Rahmenplan Religion

Der Ausschuss Bildungspläne hat am 21.03.02 den Entwurf des „Rahmenplan Religion, Bildungsplan Sekundarstufe I“ abschließend bewertet.

Dem oben genannten Bildungsplan nicht beigefügt war die auf Seite 4 des Entwurfs angeführte „beispielhafte, jahrgangsbezogene Umsetzung“, die angabegemäß noch in Arbeit ist.

Der Rahmenplan ist für alle Schulformen ausgelegt, d.h. er ist nicht wie die anderen Bildungspläne nach HR, Gesamtschule bzw. Gymnasium differenziert.

Die Bewertung erfolgte nach den vom Ausschuss für alle Bildungspläne formulierten Kriterien: Konkretisierung (1), Offenheit (2) und Erreichung Bildungsziele/Vergleichbarkeit (3). Dem Ausschuss ist jedoch die „besondere Stellung“ des Unterrichtsfaches Religion bewusst (v.a. Werte- und Normenvermittlung, schulform-übergreifender Bildungsplan, Verzicht auf Benotung bis Klasse 6).

#### Konkretisierung (1) und Offenheit (2):

Der Bildungsplan ist u.E. ausreichend konkret vor dem Hintergrund größtmöglicher Offenheit des Religionsunterrichtes. Positiv sehen wir die Berücksichtigung religiöser Vielfalt und der Tendenz der Ablösung der Gesellschaft von der Kirche Pluralität<sup>13</sup> und Säkularisierungstendenzen<sup>14</sup> in der Großstadt Hamburg mit dem Ergebnis einer konsequenten Schülerorientierung des Religionsunterrichtes.

#### Erreichbarkeit Bildungsziele/ Vergleichbarkeit (3):

Der Punkt 4 des Bildungsplans, Anforderungs- und Bewertungskriterien, sollte präzisiert werden; die Anforderungen müssen klarer gefasst und die Bewertungskriterien (Kompetenzstufen entsprechend PISA) müssen aufgeführt werden.

#### Sonstige Anmerkungen:

a.) Die Lesbarkeit und damit das Verständnis des Textes sollte unbedingt verbessert werden. Die Inhalte sind in langen Schachtelsätzen zu komprimiert; kurze Sätze ermöglichen eine klarere Darstellungsweise.

b.) Noch deutlicher als im Entwurf ausgeführt sollte u.E. herausgearbeitet werden, dass eine Wertevermittlung nicht vorzugsweise auf der Grundlage des Christentums erfolgt (z.B. Seite 5, 2. Absatz könnte mit dem Hinweis beginnen, dass das Christentum weltweit nur eine Religion unter vielen anderen ist).

### Anmeldezahlen Vor- und Grundschule

Stellungnahme vom 7.5.02  
(hier gekürzt wiedergegeben)

Die Elternkammer Hamburg fordert, dass die Anmeldezahlen von Kindern für Vorschulklassen und ersten Klassen zeitnah nach der Anmelderunde erfasst werden und dem Antragsteller zu kommen.

Nur so können wir Bedarfe an Vorschulplätzen und die Auslastung der einzelnen Vorschulstandorte nachvollziehen.

Aus demselben Grund brauchen wir die Daten für die ersten Klassen.

Da dies noch keine endgültigen Zahlen für die Einrichtung von Vorschulklassen und ersten Klassen mit der dazugehörigen SchülerInnenzahl sind, fordern wir deren Benachrichtigung, sobald sie vorliegen (Datum des Ausstellungstages ohne Gewährleistung, denn die Erfahrung zeigt, dass tägliche Veränderungen möglich sind).

### Jahresbericht der Ombudsfrau

Beschluss vom 7.5.2002

„Ombudsfrau für  
Schülervertretungen in Hamburg“

Die Elternkammer Hamburg hat den dritten Jahresbericht der Ombudsfrau für Schülervertretungen in Hamburg zur Kenntnis genommen. Besonders betroffen macht die Zahl der Schülervertretungen, die in ihrem Amt behindert wurden und daher zurücktraten. Die Dunkelziffer ist hier sicher noch sehr viel höher.

Die Elternkammer fordert die Behörde für Bildung und Sport auf, die Bedeutung der Ombudsarbeit ernst zu nehmen und verstärkt Maßnahmen einzuleiten, die die gesetzlich verankerte Aufgabe von Schülervertretungen erleichtern.

#### Begründung:

Der dritte Ombudsbericht zeigt in eindrucksvoller Weise, welches die Stärken und Schwächen von Schülermitwirkung sind. Die Stärken liegen im Erlernen von demokratischen Regeln und Verhaltensweisen, im Erkennen und Überwinden von Schwierigkeiten bei deren Umsetzung. Schwächen zeigen sich dort, wo Schülervertretungen Druck von LehrerInnen und Schulleitungen auf Grund von Unkenntnis oder Willkür ausgesetzt sind. Konflikte scheinen unüberwindlich da, wo Benachteiligungen über Benotung oder durch Mobbing zu befürchten sind.

Nicht alle Fälle der Behinderungen von Schülervertretungen gelangen in die Kenntnis der Ombudsfrau. Viele dieser Probleme bleiben schulintern,

oft werden sie zu Lasten von Schülervertretungen nicht konstruktiv gelöst.

Das Schulgesetz von 1997 stärkt die Zusammenarbeit von allen an Schule beteiligten Gruppen, SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und dem nicht pädagogischem Personal. Besonderes Augenmerk wurde auch auf die Arbeit von Schülervertretungen gelegt. Aus dem jetzt vorgelegten Bericht der Ombudsfrau wird deutlich, dass es hier erschreckende Missstände gibt, die so nicht hingenommen werden dürfen. Die Elternkammer fordert daher von der Behörde für Bildung und Sport Maßnahmen, die die Kenntnis über die im Schulgesetz festgeschriebene schulische Mitwirkung von SchülerInnen und Eltern bei LehrerInnen und Schulleitungen weiter verbessern. Zusätzlich müssen Schülervertretungen durch geeignete Maßnahmen motiviert und gestärkt werden. Es gilt Konflikte konstruktiv zu lösen und sich nicht dem Druck durch mögliche Benachteiligung zu beugen.

---

#### Gebietsgrenzen Grundschule

---

Stellungnahme vom 7.5.02

Die Elternkammer Hamburg fordert, dass alle Kinder, deren Eltern es wünschen, an ihrer zuständigen Bezirkgrundschule<sup>15</sup> eingeschult werden. Kinder dürfen nicht zu Gunsten von Kindern aus anderen Bezirken vom Besuch der Schule, in deren Einzugsgebiet sie wohnen, ausgeschlossen werden.

---

#### Schulstrukturelle und Schulorganisatorische Maßnahmen (gekürzte Fassungen)

---

#### Bereich Grund-, Haupt- und Realschulen:

1. Nichteinrichtung von Klassen 1 in der Grundschule Norderstraße:
  - Maßnahme zur Kenntnis genommen.
2. Nichteinrichtung folgender Klassen an der Heinrich-Wolgast-Schule:
  5. Klassen der Beobachtungsstufe der Haupt- und Realschule,
  7. Klassen der Hauptschule,
  7. Klassen der Realschule:
  - Der Maßnahme wird zugestimmt, die Anmeldezahlen für alle Klassen sind zu gering (8/6/5), es gibt genügend Schulen, die die Kinder aufnehmen können.
3. Nichteinrichtung folgender Klassen an der Schule an den Teichwiesen:
  5. Klassen der Beobachtungsstufe der Haupt- und Realschule,
  7. Klassen der Integrierten Haupt- und Realschule:
  - Maßnahme zur Kenntnis genommen.

4. Nichteinrichtung von Klassen 1 in der Schule Mittlerer Landweg:
  - Der Maßnahme wird zugestimmt, da an der Schule schon jetzt Klassenübergreifender Unterricht stattfindet und das Projekt so weitergeführt werden kann.

#### Bereich Berufliche Schulen:

1. Zusammenlegung der staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Metallbau (G14) und der staatlichen Gewerbeschule Maschinenbau (G1):
  - Die Maßnahme wird abgelehnt
2. Verlagerung des Zweigs Kraftfahrzeugtechnik aus der staatlichen Gewerbeschule Metalltechnik (G17) in die staatliche Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik (G9):
  - Die Maßnahme wird abgelehnt
3. Zusammenlegung der staatlichen Handelsschule Ausschläger Weg (H12) und der staatlichen Abendwirtschaftsschule (H4):
  - Der Maßnahme wird zugestimmt

---

#### Ausbildungs- und Prüfungsordnungen von Beruflichen Schulen

---

Die Elternkammer Hamburg hat einige Anmerkungen/Änderungsvorschläge zu dieser Verordnung zusammengestellt und fordert die Behörde zu ihrer Berücksichtigung vor der Beschlussfassung auf. Ansonsten nimmt sie die Verordnung zur Kenntnis.

---

#### Schulentwicklungskonzept für berufliche Schulen

---

Die Elternkammer fordert die Erstellung eines Schulentwicklungskonzeptes für berufliche Schulen und Beteiligung der schulischen Kammern

#### Begründung:

Die in diesem Jahr vorgelegten strukturellen Maßnahmen wie auch die in den letzten Jahren durchgeführten Veränderungen (Beispiel: Höhere Handelsschule) machen einen Trend zu Zentralisierungen/Reduzierungen deutlich, der einerseits haushaltspolitischen Gesichtspunkten und andererseits dem Druck von Handels- und Handwerkskammern folgt. Auch aus diesen Gründen kommt es zur Bildung von Kompetenz- und Qualifikationszentren. Pädagogische Konzepte und SchülerInnen- bzw. Elterninteressen scheinen dabei in den Hintergrund zu rücken.

Die Elternkammer hält es im Interesse der SchülerInnen dieser Stadt für notwendig, ein Schulentwicklungskonzept für berufliche Schulen unter pädagogischen Aspekten unter Berücksichtigung regionaler Entwick-

lungen zu erstellen und die Kammern (SchülerInnen-, LehrerInnen- und Elternkammer) daran zu beteiligen.

---

#### Einschränkung der Beschulung von behinderten Jugendlichen

---

Beschluss vom 7.5.02

Die Elternkammer lehnt die Einschränkungen für behinderte Jugendliche in teilqualifizierenden Berufsvorbereitungsmaßnahmen der W2 (Schule f. Ernährung und Hauswirtschaft Uferstraße) und G17 (Gewerbeschule Metalltechnik) entschieden ab.

Diese Forderungen werden auch vom KER Berufliche Schulen mit getragen.

Die Elternkammer fordert von Herrn Senator Lange nachdrücklich:

1. Die Rücknahme der restriktiven Bestimmungen vom Januar 2002, d. h. der „**Regelung der Beschulung von Jugendlichen mit geistiger Behinderung** mit elf und mehr Schulbesuchsjahren in der Schule für Geistigbehinderte (SfG) und in der Berufsvorbereitungsschule (BVS)“
2. Die Aufnahme des o. a. Personenkreises in die Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO-BVS) der Berufsvorbereitungsschule unter angemessener Berücksichtigung der Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

(Weitere Details und die ausführliche Begründung finden Sie auf der Internetseite der Elternkammer oder Sie können diese über unsere Geschäftsstelle anfordern.)

---

#### Verkehrserziehung durch Polizeiverkehrslehrer

---

Beschluss vom 2. April 2002

Die Elternkammer Hamburg begrüßt die anstehende Erhöhung der Anzahl der Polizeiverkehrslehrer um 10 Stellen.

Die Aufgaben der Verkehrserziehung sind vielfältig und umfangreich. Darum empfiehlt die Elternkammer die wenigen Stellen nicht fest an einzelne Projekte zu binden.

#### Begründung:

Es hat sich heraus gestellt, dass es stadtteilorientierte Probleme gibt und daher die Aufgaben in der Verkehrserziehung unterschiedlich sind.



# ELTERNKAMMER HAMBURG

- Mitglied im Bündnis für Bildung -

Geschäftsstelle p.a. BBS

Hamburger Str. 31

22083 Hamburg

☎ 4 28 63-35 27

FAX 4 28 63-47 06

e-mail: [Info@elternkammer-hamburg.de](mailto:Info@elternkammer-hamburg.de)

<http://www.elternkammer-hamburg.de>

Elternkammer Hamburg p.A. BBS • Hamburger Str. 31 • 22083 Hamburg

An die  
Eltern,  
Elternräte,  
Kreiselternräte,  
an die Unterstützer guter Schule in Hamburg

Sabine Bick  
Vorsitzende  
Privat:  
Gussau 1c  
22359 Hamburg  
Tel: (040) 603 29 020  
FAX: (040) 603 29 039  
email: [sabine.bick@gmx.de](mailto:sabine.bick@gmx.de)

Hamburg, am 8. Mai 2002

## **„Feuer und Flamme für Bildung“ – Protestaktion am 10.06.2002, 13.30h, Rathausmarkt Bündnis für Bildung fordert gute Schule und die dafür notwendigen Lehrerstellen**

Liebe Eltern,

das Bündnis für Bildung, bestehend aus SchülerInnen-, Eltern- und Lehrerkammer und den beiden Lehrer-  
gewerkschaften GEW und DLH, hat sich 1998 gegründet und am 28. Mai 1998 die große Demonstration  
auf der Moorweide organisiert. Die aktuellen schulischen Rahmenbedingungen haben die Bündnispartner  
wieder zusammengeführt

**Wir sind bestürzt darüber, was auf Hamburgs Schulen noch alles zukommt:  
Fehlende Lehrerstellen, Streichung von Teilungs- und Förderstunden, Erhöhung von Klassenfrequen-  
zen, Schließung von Bildungsgängen, Reformen ohne Konzept und ohne Geld, ....., notwendige  
Veränderungen auf Grund der Erkenntnisse aus PISA scheitern in Hamburg am Geld.**

Dieses wollen die Bündnispartner nicht unwidersprochen hinnehmen, denn wir sind

### **„Feuer und Flamme für Bildung“**

Daher ruft das Bündnis die Hamburger Schulen aller Schulformen, alle SchülerInnen, Eltern, PädagogInnen,,  
alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen **Protestaktion** vor dem Rathaus auf, am

**10. Juni 2002, 13:30 Uhr.**

Wir zeigen, dass uns das Sparen an der Bildung reicht!

Bildung muss Vorrang haben, gute Schule gibt es nicht zum Nulltarif!

Für die Ausbildung der Hamburger Schülerinnen und Schüler, die Zukunft unserer Kinder und damit die  
Zukunft unserer Stadt muss es ausreichende finanzielle Mittel geben.

**Unterstützen Sie uns! Demonstrieren Sie mit uns gemeinsam für gute Schule in Hamburg!  
Verteilen Sie das Flugblatt in Ihrer Schule, beurlauben Sie Ihre Kinder zur Teilnahme an der De-  
monstration, denn es geht um ihre Zukunft.**

Mit freundlichem Gruß

Sabine Bick  
Elternkammer Hamburg



Elternkammer



Lehrerkammer



## Bündnis für Bildung

# Feuer und Flamme für Bildung

## Hamburg verschlechtert Unterrichtsqualität und kürzt Lehrerstellen:

Streichung von Teilungs- und Förderstunden, Erhöhung von Klassenfrequenzen, Schließung von Bildungsgängen, Kürzungen bei Lehr- und Lernmitteln, Abbau von Bildungschancen, Reformen ohne Konzepte und ohne Geld.

Was ist Hamburg die Bildung wert?

Unsere Forderung an den Hamburger Senat: Investieren Sie in die Zukunft, statt auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen zu sparen.

### **Wir fordern gute Schule und die dafür notwendigen Lehrerstellen !**

Wir wenden uns an:

die Hamburger Schulen aller Schulformen, alle SchülerInnen, Eltern, PädagogInnen, Hochschulen, Kirchen und soziale Organisationen, ArbeitnehmerInnen, Unternehmen -

an alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger.



## **Gemeinsame Protestaktion**

**für die Verbesserung der Bildungschancen am**

**Montag, dem 10. Juni 2002**

**13.30 Uhr vor dem Rathaus**

Beginn der Kundgebung um 14:00 Uhr

- **Hamburger Bildungspolitik: ohne Konzept und ohne Geld.**
- **Wir zeigen, dass uns das Sparen an der Bildung reicht !**
- **Bildung muss Vorrang haben, gute Schule gibt es nicht zum Nulltarif !**

## Pressemitteilung

Zu mehreren der gefassten Beschlüsse hat die Elternkammer Pressemitteilungen herausgegeben, aufgrund welcher die Medien jeweils aktuell berichtet haben.

- **Schulgebietsgrenzen,**
- **Jahresbericht der Ombudsfrau für Schülervertretungen**  
Ansprechpartnerin: Sabine Bick,  
Tel. 603 29 020  
e-mail: [sabine.bick@gmx.de](mailto:sabine.bick@gmx.de)
- **Schulentwicklungskonzept für Berufliche Schulen,**
- **Beschulung von Jugendlichen mit geistiger Behinderung**  
Ansprechpartner: Holger Gisch,  
Tel.: 644 73 58 / 3703-39 31  
e-mail: [gisch.holger@gmx.de](mailto:gisch.holger@gmx.de)
- **Anmeldezahlen für Vor- und Grundschulen**  
Ansprechpartnerin: Evelyn Mosebacht,  
Tel. 880 82 07,  
e-mail: [Evelyn.Mosebacht@gmx.de](mailto:Evelyn.Mosebacht@gmx.de)

## Verschiedenes

### Bundeselternrat

Der Bundeselternrat (BER) wird am 20. April 2002 auf der Sitzung des Gesamtvorstands Herrn Prof. Schleicher zu PISA hören. Vom 28. bis 30. Mai findet in Bonn die Frühjahrsplenartagung zusammen mit der Feier zum 50jährigen Bestehen des BER statt. Tagungen des Gymnasialausschusses und des Grundschulausschusses des BER finden vom 14. bis 16. Juni 2002 statt.

### Impressum

Herausgeber: Elternkammer Hamburg  
Geschäftsstelle p.A. BBS Hamburger Straße 31 · 22083 Hamburg  
Tel.: (040) 4 28 63-35 27 FAX: (040) 4 28 63-47 06  
e-mail: [info@elternkammer-hamburg.de](mailto:info@elternkammer-hamburg.de)  
<http://www.elternkammer-hamburg.de>  
Druck: Behördendruckerei der BBS

Die ELTERNKAMMER-KURZINFO wird von der Poststelle der BBS mit jeweils 5 Exemplaren an alle Hamburger Schulen verteilt und ist bestimmt für

- 1 x Schulleitung
- 3 x Vorstand des Elternrats
- 1 x Vertretung des Elternrats im Kreiselternrat

Die ELTERNKAMMER-KURZINFO finden Sie auch in unserer Homepage zum Lesen bzw. herunterladen

Verantwortlich i.S.d.P.:  
Dr. Peter Riedel, Redaktionsbeauftragter  
Geschäftsstelle Elternkammer p. A. BBS  
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

### European Parents Association

In der EPA wird ein „Europäischer Tag der Eltern und Schulen“ am 8. Oktober vorbereitet, an dem sich 23 Nationen beteiligen werden. Herr Heidmann, der an dem Vorbereitungstreffen in Brüssel teilgenommen hat, bittet Ideen dazu an den Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit und besondere Veranstaltungen zu geben. Es wird erwogen, die Ergebnisse der Elternbefragung an diesem Tag der Presse vorzutragen.

## In eigener Sache...

Die „Kurzinformatio 2“ ist schon am 1. März 2002 der Druckerei der BBS zugeleitet worden. Da die Ausgabe auch Ende März noch nicht in den Schulen angekommen war, fragten wir nach. In der Druckerei waren unsere Druckvorlagen nicht nur nicht bearbeitet worden, sondern auch nicht mehr auffindbar. Die Behörde hat dann von einer dort noch verfügbaren Datei mit dem Inhalt der Kurzinformatio selbst neue Druckvorlagen erstellt, dabei das Layout aber nicht mehr geprüft.

Das Ergebnis: Die gesamte Auflage kam mit einem auf eine 5. Seite zerrissenen Zeilenumbruch in den Druck und mit über 5 Wochen Verspätung in den Schulen an.

Wir werden in Zukunft alles tun, um weitere Pannen zu vermeiden.

**Bis zum 10. Juni ...**

## Erläuterungen ...

finden Sie hier „unterm Strich“ zu verwendeten Abkürzungen, Begriffen und Fachbezeichnungen, die hier und in Texten zum Thema Bildung und Schule immer wieder vorkommen, aber nicht jedem ganz selbstverständlich auch geläufig sein können.

(wird nach Bedarf fortgesetzt)

## Noch Fragen?



- 1 **Differenzierungsstunden:** Unterrichtsstunden, in denen Kinder je nach Leistungsvermögen unterschiedliche Aufgaben bekommen
- 2 **Kompetenz:** Das Vermögen, Aufgaben oder Probleme zu lösen im Gegensatz zum isolierten Wissenserwerb
- 3 **Schulträger:** Im Saarland werden die Schulen von den Gemeinden finanziert und bewirtschaftet
- 4 **Evaluation:** Bewerten, beurteilen und auswerten, hier von Unterricht und seinem Erfolg
- 5 **obligatorisch:** verpflichtend
- 6 **Supervision:** Unterrichtsbeobachtung und -beratung, gegenseitig-kollegial oder durch Dritte
- 7 **Fachdidaktik:** Die Lehre davon, wie Unterrichtsinhalte vermittelt werden
- 8 **sozialpädiatrisch:** Kinderheilkunde im Zusammenhang mit sozialen
- 9 **ergonomisch/physiologisch:** Die Lebensvorgänge und Funktionen des Menschen beim Arbeiten betreffend
- 10 **Springergruppen:** Schulversuch in Hamburg, bei dem an einigen Gymnasien eine besonders zusammengestellte Klasse in drei Schuljahren eine Klasse überspringt
- 11  **Casting:** Posieren zur Auswahl für die Mitwirkung bei Filmaufnahmen
- 12 **HmbSG:** Hamburgisches Schulgesetz
- 13 **Pluralität:** Vielfalt (von Religionen)
- 14 **Säkularisierungstendenzen:** Bestrebungen der Loslösung des Staates von Bindungen an die Kirche
- 15 **Bezirkgrundschule:** Nächste Grundschule im Gebiet der Wohnung des Kindes